

J. W. BRÜGEL

Großbritannien:

Notlösung oder Durchbruch zum Sozialismus ?

Die entscheidenden Tatsachen wurden bereits von *Eduard März* im Oktoberheft 1966 dargestellt. Es wird sich empfehlen, sie kurz zu wiederholen, um dann die letzte Entwicklung einbeziehen zu können. Gleich nach Amtsübernahme Ende 1964 machte sich die Labour-Regierung daran, die Grundzüge einer Einkommens- und Preispolitik auszuarbeiten in der Erkenntnis, daß Planung der Wirtschaft ohne eine gewisse Planung in diesem Sektor unvollkommen wäre. Die Mehrheit der Gewerkschaftsbewegung zeigte sich diesem Gedanken gegenüber aufgeschlossen, wiewohl er praktisch, wenn auch nicht formell, eine gewisse Beschränkung der gewerkschaftlichen Verhandlungsfreiheit in sich schloß. Eine Minderheit, vor allem der stärkste Mitgliederverband des Gewerkschaftsbundes, die Transportarbeiter (1,4 Millionen), verhielten sich ablehnend und sah alles Heil in Bemühungen um Steigerung der Produktivität. Von dem Grundsatz ausgehend, daß Löhne, alle anderen Einkommen und Preise nicht stärker steigen sollen als die Produktivität, setzte man eine „Richtzahl“ für eine jährliche Erhöhung von 3,5 vH fest. Die Regierung bildete eine paritätisch zusammengesetzte Körperschaft, die „Einkommens- und Preisinstanz“, die auf ihre Aufforderung hin Gutachten zu konkreten Fällen von Lohnforderungen und Preiserhöhungen machen sollte.

Daß die Richtzahl von 3,5 vH nur in wenigen Fällen eingehalten wurde und man fast immer „besondere Umstände“ ins Treffen zu führen vermochte, war nicht überraschend. Klarerweise brauchte es einige Zeit, ehe sich eine solche Neuerung einspielen würde. Ohne die Verhandlungsfreiheit der Gewerkschaften formell anzutasten, kündigte die Regierung die Absicht an, durch Einführung einer Meldepflicht für Lohnforderungen (Preise werden immer ebenso behandelt) zumindest eine gewisse Verlangsamung des Prozesses herbeizuführen. Die Regierung erklärte, eine freiwillige Zurückhaltung bei Lohnforderungen bei weitem vorzuziehen und eine Gesetzesvorlage über Meldepflicht nur vorlegen zu wollen, falls die Freiwilligkeit nicht die gewünschte Intensität erreicht. Der Gewerkschaftskongreß des Jahres 1965 kam nach eingehender Debatte gegen eine starke Minderheit zu ungefähr den gleichen Ergebnissen: man würde Freiwilligkeit vorziehen

und der Regierung dabei behilflich sein, sich aber notfalls auch mit einer gesetzlichen Regelung abfinden.

Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses sind für die angeschlossenen Verbände nicht bindend, und ebensowenig waren es die Ratschläge, die der Gewerkschaftsbund den Lohnforderungen stellenden Organisationen gab. Immerhin wurde auf diesem Gebiet manches von dem erreicht, was die Regierung wollte, aber nicht genug. „Die Freiwilligkeit hat nicht funktioniert“, sagte der Stahlarbeiterführer (und für die Amtsperiode 1966/67 gewählter Präsident des Bundes) *Harry Douglass* am Gewerkschaftskongreß 1966, „weil es zu wenige Freiwillige gab“. Nach vielen Monaten des Abwartens kündigte die Regierung Wilson ihre Absicht an, eine gesetzliche Regelung einzubringen. Als sie den entsprechenden Entwurf dem Unterhaus zuleitete, schied der Technologieminister *Frank Cousins* zum Zeichen des Protestes aus der Regierung aus und stellte sich in seiner alten Position als Generalsekretär des Transportarbeiterverbandes an die Spitze der Opposition gegen die Absichten der Regierung. Angesichts der ablehnenden Haltung seines Verbandes zur gesamten, von ihm als verfehlt betrachteten Einkommenspolitik war Cousins in der Regierung in eine schwierige Position gekommen, aus der er sich nur durch den Rücktritt befreien konnte.

Was war der Inhalt der Vorlage, die diesen Stein ins Rollen brachte? Sie sah vor, daß Lohnforderungen dem Arbeitsminister gemeldet werden müssen, worauf man einen Monat abwarten muß. Nimmt der Minister die Ankündigung stumm zur Kenntnis, so können die Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite beginnen; sie werden in keiner Weise behindert. Entschließt sich die Regierung, ein Guchachten der Einkommens- und Preisinstanz einzuholen, muß weitere drei Monate gewartet werden. An ein solches Gutachten ist weder die Regierung noch auch einer der Sozialpartner gebunden. Theoretisch liegt also nichts anderes vor als eine angeordnete „Abkühlungsfrist“, aber in Wirklichkeit erwartete man von einem solchen leisen Druck natürlich eine Abstandnahme von übersteigerten Forderungen.

Diese — verhältnismäßig harmlose — Vorlage stand im Unterhaus zur Diskussion, als die Krise hereinbrach, deren Ursachen hier schon geschildert wurden. Die Regierung entschloß sich zu raschem Handeln und griff zu Maßnahmen, die in dieser Tragweite niemals vorher zur Anwendung gekommen waren. Für eine Übergangsperiode von einem Jahr wurde die ganze bisherige Einkommenspolitik sowie die Politik der Wirtschaftsausweitung, auf die Labour so stolz war, abgebrochen. Außer den von der Regierung angeordneten Preiserhöhungen (z. B. Posttarife) sollten alle Preise durch sechs Monate eingefroren werden. Das gleiche gilt für die Löhne. Für sechs Monate wird also die normale gewerkschaftliche Tätigkeit unterbunden. Dann sollen sechs Monate „strengster Zurückhaltung“ folgen, deren Natur nicht weiter definiert wurde. Aber wieder sollte zuerst ein Versuch gemacht werden, das alles freiwillig zu erreichen. Trotzdem baute die Regierung in die im Unterhaus befindliche Vorlage nachträglich eine Klausel ein, daß sich die Regierung unter bestimmten Voraussetzungen ermächtigen lassen kann, das Einfrieren von Preisen und Löhnen zu verordnen.

Jeder anderen Regierung gegenüber hätte sich die Gewerkschaftsbewegung zu entschiedener Opposition erhoben, wenn auch nur ein Bruchteil solcher Absichten bekanntgegeben worden wäre. Die Gewerkschaften dringen auf Handlungsfreiheit auch gegenüber einer Labour-Regierung, wiewohl sie sie als ihre Schöpfung betrachten. Aber in diesem Fall gab es weder allgemeine Opposition noch auch bedingungslose Zustimmung. Nur mit größter Selbstverleugnung rang sich der Generalrat (Vorstand) des Gewerkschaftsbundes eine zögernde Zustimmung unter Hinweis auf die zwingenden Argumente der Regierung ab. Am Gewerkschaftskongreß des Jahres 1966 war die die Regierung stützende Mehrheit weit kleiner als auf dem des Vorjahres.

Daß sie bei den Abstimmungen über die einzelnen Anträge stark variierte, erklärt sich aus der Verschiedenartigkeit der Opposition, die laut wurde. Die einen, wie die Transportarbeiter, wollen sich mit der Einkommenspolitik auch ohne Einfrieren der Löhne nicht befreunden, und sind daher selbstverständlich auch gegen die weitergehenden Absichten. Andere bejahen die alte Einkommenspolitik, lehnen aber Zwangs- oder Druckmaßnahmen auf dem Gebiet ab. Wieder andere wollen sich mit all dem abfinden, nicht aber mit dem absoluten Lohnstopp.

Selbstverständlich hat bei der endgültigen Abstimmung, die als ein zögerndes „Ja“ qualifiziert werden kann, die natürliche Loyalität der Labour-Regierung gegenüber eine große Rolle gespielt. Aber sie war keineswegs das einzige ausschlaggebende Moment. Zwar hat Frank Cousins in der Debatte Wilsons Argument, es drohe eine Arbeitslosigkeit bis zu zwei Millionen, falls die Regierung nicht zu ihren Sanierungsmaßnahmen greife, als unberechtigt erklärt. Aber er konnte das ebensowenig beweisen wie umgekehrt Wilson seine Prophezeiung, der man aber naturgemäß mehr Gewicht beimaß. Nicht immer entschied das unmittelbare, greifbare Interesse über die Haltung der einzelnen Verbände.

Interessant ist in diesem Zusammenhang z. B. das Verhalten des Eisenbahnerverbandes, der nur durch eine Streikdrohung im Frühjahr eine im September fällige Gehaltserhöhung für die Eisenbahner erreicht hatte. Mit ihrer Auszahlung wird nun erst Monate später begonnen. Es wäre verständlich gewesen, wenn dieser Verband dem Einfrieren der Löhne bedingungslos Opposition gemacht hätte. Er hat aber auf dem Gewerkschaftskongreß die Regierung gestützt, hat sich diese Haltung von einer Delegiertenkonferenz bestätigen lassen, und ist auf dem Labour-Parteitag Anfang Oktober mit starken Argumenten über die Sinnlosigkeit von Lohnerhöhungen, die von Preissteigerungen sofort vernichtet werden, für die Regierungspolitik eingetreten.

Auch wenn der Gewerkschaftskongreß mit großer Mehrheit der Konzeption der Regierung zugestimmt hätte, hätte das angesichts der Autonomie der Verbände keinen lückenlosen freiwilligen Lohnstopp garantiert, obwohl auch unzufriedene Gewerkschaften ein Interesse daran hatten, daß die Zwangsbestimmungen nicht in Anspruch genommen werden. Das erwies sich aber als unausweichlich, sobald eine oppositionelle Gewerkschaft eine Gerichtsentscheidung erzwang, in der — ganz korrekt — ausgeführt wurde, daß Regierungserklärungen und -mahnungen noch kein Recht schaffen und daß unter der gegenwärtigen Rechtslage eine vertraglich zugesicherte Lohnerhöhung ausgezahlt werden müsse. Am Vorabend der Behandlung des Komplexes auf dem Parteitag der Labour Party hat die Regierung daraufhin beschlossen, von der Ermächtigung zur Anordnung des Einfrierens Gebrauch zu machen. Bis zum 11. August 1967 kann sie nun konkrete Lohn- oder Preiserhöhungen verbieten. Daß die Regierung mit offenen Karten spielt, ehrt sie und entspricht dem Begriff des „fair play“, hat aber ihre Situation vor dem Parteitag nicht erleichtert. Der Standpunkt der Regierung siegte jedoch am Parteitag in Brighton mit größerer Mehrheit als einen Monat vorher am Gewerkschaftskongreß in Blackpool. Das ist aber vor allem auf die verschiedenartige Zusammensetzung der beiden Konferenzen zurückzuführen. Manche Gewerkschaften, die am Gewerkschaftskongreß mit „nein“ gestimmt haben, wie die Gemeindebeamten (350 000), sind der Labour Party nicht angeschlossen, und auf Parteitag kommen zu den gewerkschaftlichen Stimmen noch die der eigentlichen Parteiorganisationen, von denen schätzungsweise etwas mehr als die Hälfte die Regierung gedeckt haben mag.

Der Debatte in Brighton war eine große Rede des Premierministers Wilson vorangegangen, in der er sich gegen den naheliegenden und oft erhobenen Vorwurf zur Wehr setzte, im Grunde tue seine Regierung das gleiche wie eine konservative Regierung (die freilich nie hätte einen Lohnstopp erreichen können). Für Wilson besteht ein grundlegender Unterschied zwischen der konservativen Politik des Fortwurstens und den, zugegebe-

nermaßen unpopulären, Stabilisierungsmaßnahmen der Labour-Regierung, die durch Gewinnung einer Atempause den Boden urbar machen wollen für eine neue Periode gesicherter Wirtschaftsexpansion mit sozialen Reformen. Er wies darauf hin, daß ein konservatives Sparprogramm immer die sozialpolitischen Errungenschaften und die dringenden Bedürfnisse der sozial Schwachen angreift, während Labours Roßkur den Wohnungsbau, den Krankenhausbau und die Errichtung neuer Schulen unangetastet läßt.

Ausführlich setzte sich Wilson mit den Beschwerden auseinander, das Regierungsprogramm führe zu Entlassungen und Arbeitslosigkeit. Tatsächlich sind nach den Angaben des Arbeitsministers *Raymund Gunter* (des früheren Vorsitzenden des Eisenbahnbeamtenverbandes) bisher wegen Betriebseinschränkung 26 000 Personen von einer 24 bis 25 Millionen zählenden arbeitenden Bevölkerung vorübergehend arbeitslos geworden. Wilson verwies darauf, daß er in seiner vor drei Jahren am Parteitag in Scarborough gehaltenen Rede, die von der technologischen Revolution sprach und mit großer Begeisterung aufgenommen worden war, von der Notwendigkeit gesprochen hatte, daß zehntausende Menschen ihre Beschäftigung im Interesse des Wirtschaftsaufschwungs ändern — das war allerdings etwas einigermaßen anderes als durch Konsumbeschränkungen erzwungene oder diese als Vorwand benutzende Entlassungen. Es ist zweifellos richtig, daß diese zusätzlichen Arbeitslosen ohne weiteres von anderen nach Arbeitern Ausschau haltenden Industriezweigen aufgenommen werden können.

Aber es liegt nun einmal in der menschlichen Natur, daß man gegen solche oft mit einem Einkommensrückgang verbundenen Veränderungen revoltiert. An diesem Punkt hat denn auch der Parteitag Wilson die Gefolgschaft versagt. Eine vom Kongreß angenommene EntschlieÙung spricht von Besorgnis über wachsende Arbeitslosigkeit und zieht Kurzarbeit Entlassungen vor. Das kollichert mit der Regierungspolitik, die eher eine Umstellung auf andere Berufe befürwortet. Theoretisch stimmt jeder Wilson zu, wenn er die Labour Party als „Partei des Wandels“ erklärt, aber es kann niemanden überraschen, daß man deswegen nicht von jedem Wandel begeistert ist.

Gewerkschaftskongreß und Parteitag hätten den Maßnahmen der Regierung, die ja befristet sind, weniger Bedenken entgegengebracht, wenn mehr Klarheit darüber bestanden hätte, was am Ende der Periode der „strengen Zurückhaltung“ im Sommer 1967 geschehen soll. Das ist aber vorläufig völlig im dunkeln. Nur soviel ist sicher, und dazu hätte es nicht Wilsons ausdrücklicher Erklärung am Gewerkschaftskongreß bedurft, daß niemand an eine längerdauernde Unterbindung der normalen gewerkschaftlichen Tätigkeit denkt. Andererseits liegt es auf der Hand, daß eine völlige Beseitigung aller Schranken im August 1967 alles, was im zurückliegenden Jahr erzielt wurde, über Nacht wieder in Frage stellen müÙte.

Wie sind nun die im Sommer 1966 getroffenen harten Maßnahmen — neben dem Lohn- und Preisstopp die Erschwerung des Inlandskonsums zwecks Ausfuhrförderung — ideologisch zu klassifizieren? Es hat nicht an Versuchen gefehlt, in ihnen mehr zu sehen als eine bloÙe Notlösung. *Richard Crossman* hat davon gesprochen, daß die Maßnahmen des Jahres 1966 eine neue Epoche in der gesamten Wirtschaftspolitik einläuten, daß es eine Rückkehr zur völlig ungehemmten Freiheit nicht geben könne und daß nun eine günstige Plattform geschaffen sei, ein ganz neues Konzept der Zusammenarbeit und des Zusammenspiels auszuarbeiten. Der *New Statesman* ist noch weitergegangen und hat behauptet, ohne es direkt zu wollen, sei die Regierung jetzt auf eine Bahn geraten, auf der sich die Möglichkeit einer echt sozialistischen Lösung des ganzen Problems der Wirtschaftsplanung einschließlich des Lohnsektors ergebe. Es sei also der Regierung sozusagen unabsichtlich der Durchbruch zum Sozialismus gelungen.

Das mag eine zu kühne Interpretation sein, aber vieles spricht dafür, daß es, ob man nun zur Einkommenspolitik mit einer Richtzahl zurückkehrt oder nicht, zumindest prak-

GROSSBRITANNIEN: NOTLÖSUNG ODER DURCHBRUCH ZUM SOZIALISMUS?

tisch keine völlige Rückkehr zur Verhandlungsfreiheit geben wird. In dieser Richtung liegt Wilsons Mahnung an den Gewerkschaftskongreß (am Parteitag in anderer Form wiederholt), daß die Gewerkschaften die Gegenwartsprobleme nicht mit den „rostigen Waffen“ des vorigen Jahrhunderts meistern könnten. Dieses Wort ist so breit gefaßt, daß es vieler Auslegungen fähig ist.

Aber der Schatzkanzler *James Callaghan* hat sich am Parteitag etwas konkreter ausgedrückt, als er die Situation nach dem August 1967 besprach. Er halte nicht viel von Zwangsmaßnahmen, sagte er, und rede eher einer gütlichen Einigung das Wort. Aber er glaube, daß man in Zukunft bei Lohn- und ähnlichen Verhandlungen immer auch einen dritten Faktor neben den Sozialpartnern werde bedenken müssen, nämlich das öffentliche Interesse.

Wie und in welcher Form das geschehen soll, ist vorderhand nicht klar, und es wäre daher vorzeitig, ein Urteil zu fällen. Aber man kann doch sagen, daß, wiewohl das kaum die Absicht der Regierung gewesen war, sie eine Situation herbeigeführt hat, in der sich eine neue Konzeption der Wirtschaftspolitik als unvermeidlich erweisen wird, die den Gewerkschaften eine neuartige, aber jedenfalls aktive Position zuweist.